

Sperrfrist mit Beginn der Rede am 20.04.2013

Ärztetag der Basis

Hambacher Schloss, Neustadt a.d. Weinstraße

Empört Euch! – Indignez-vous!

**Für den Erhalt der Freiberuflichkeit,
gegen Kommerzialisierung und Discounterisierung
in unserem Gesundheitswesen!**

Ansprache am 20.04.2013

Dr. med. Richard Schütte

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Mitgründer und Vorsitzender des Landesverbandes 'Freie Ärzteschaft Rheinland-Pfalz' heiÙe ich Sie an diesem historischen Ort hiermit herzlich willkommen!

Mit dem Hambacher Fest verbindet sich der fundamentale Freiheitsgedanke als dem Streben nach Freiheit für Denken und Handeln. Mithin ist dies ein Tagungsort, der zur Freiheit des Arzt-Berufes und zum Bürgerrecht auf freie Ärztinnen und Ärzte ermahnt. Analog zu 1832 suchen wir moderne Antworten zu der Verteidigung existentieller, humanitärer Anliegen als Anwälte unserer Patienten, und wir werden gemeinsame, gemeinnützige Antworten finden. Denn in einem Generationenvertrag haben wir Verantwortung übernommen, genau so wie die Generationen unserer Eltern, in Zuversicht auf eine gerechte Zukunft.

Wir wehren uns! Wir kämpfen in bester demokratischer Tradition für das hohe Gut unserer ärztlichen Freiberuflichkeit und für das hehre Bürgerrecht auf freie Ärztinnen und Ärzte!

Ich erlaube mir an dieser Stelle eine persönliche Bemerkung: 'Gute Wünsche zum Gelingen dieser Veranstaltung', ließ noch zu Lebzeiten Stéphane Hessel geb. 1917 ausrichten. Sein millionenfach gehörter Appell 'Empört Euch! - Indignez-vous!' wird uns Ansporn bleiben und ist u.a. Motto des heutigen 'Ärztetag der Basis'.

Der Freiheitsgedanke des Hambacher Festes richtete sich damals gegen die Unterdrückung der Bürger durch regierende Fürstenhäuser. Aktuell gegen die Aushöhlung der Freiheitsrechte von Patienten und Ärzten durch Regierungen in Bund und Ländern und deren Körperschaften, unter anderem handelt es sich hier auch um die Gesetzlichen Krankenkassen sowie die Landesärztekammern als auch die Kassenärztliche Vereinigungen auf Landes- und Bundesebene.

Ärztliche Freiberuflichkeit ist in ihrem Erhalt bedroht durch imperative Umsetzung von Leit- und Richtlinien, Qualitätsmanagement (QM), Controlling und Onlinezwang, inklusive der sogenannten elektronischen Gesundheitskarte (E-Card). Die Einführung dieser zentralen Datenspeicher würde einige 10.000 Zugriffsberechtigte benötigen. Stattdessen könnten Patienten ihre Krankengeschichte datensicher auf einem USB-Stick speichern!

Discounterisierung in der ambulanten Gesundheitsversorgung, siehe Rhön, Sana, Asklepios etc. erzwingt die neue 'Misstrauenskultur'. Faktisch alle gesellschaftsrelevanten Lebensbereiche einschließlich der Krankenhäuser und Praxen, ja sogar Schulen und Kindergärten werden mit 'Audits', das heißt Zwangsbegehungen beglückt. Von QM-Controllern durch Schulnoten (sic!) bewertet, steht frustriertes Fachpersonal mit geballter Faust in der Tasche, berufserfahrene Leute, die (noch) keine Chance haben sich gegen diese Verhöhnung zur Wehr zu setzen.

Informierte Patienten wollen individuelle ärztliche Zuwendung statt Leit- und Richtlinienmedizin in anonymen Versorgungszentren, sie fordern die Abschaffung der überteuerten, intransparenten Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Demokratisch nicht legitimierte Vorgaben des Gemeinsamen (sic!) Bundesausschuss (GBA), in denen Begriffe wie Qualität und Kontrolle bewusst vertauscht bzw. gleichgesetzt werden, sind inakzeptabel für unsere freie ärztliche Berufsausübung!

Unsere Patienten schätzen die vorhandene Behandlungsqualität. Sie bestätigen ihre Zufriedenheit und ihr Vertrauen durch ihr Wiedererscheinen, teilweise in dritter Generation. Selektivverträge mit Vorgaben wie Disease Management Programm (DMP), Integrierte Versorgung (IV), Ambulante Qualität und Wirtschaftlichkeits Indikatoren etc., dienen eben nicht der 'Verbesserung der Qualität'. Sie machen die Praxis ökonomisch erpressbar und stehen dem Auftrag individueller ärztlicher Tätigkeit diametral entgegen.

Der innerärztliche Verteilungskampf sollte mit der vergangenen Bundestagswahl zugunsten der neuen Discountmedizin und ihrer bestens honorierten Verwaltungs-Technokratie endgültig entschieden sein. Ex-Ministerin Schmidt erklärte: 'Es muss ein Ende haben mit der Freiberuflichkeit'. Die Kanzlerin fordert: 'die totale Transparenz in der Deutschen Arztpraxis'.

Das Prinzip von Obrigkeit und Untertan hat in diesem Rechtsstaat keinen Platz, feiert aber fröhliche Urstände mit 'DMP-IV-Hausarztzentrierten Verträgen' in Verbindung mit QM und E-Card als (enttarntes) staatliches Hypercontrolling! Zur Beruhigung heißt es: 'Das QM-Kompetenzteam unterstützt Sie gerne', mit Worthülsen wie 'Implementierte Qualitätseffizienz, nachhaltige Wettbewerb- Versorgungsinnovation, Wissensmanagement, Gesundheitsmarkt-Dynamik als Performance mit Produkt-Flexibilität, etc.'

Um den unterschiedlichen Generationen ärztlich gerecht zu werden, braucht es hingegen ruhige Verhältnisse, berufliche Erfahrung und Integrität. In 'zentralen Notdienstpraxen an Wochenend- und Feiertagen' sowie in anonymen 'E-Health-Callcentern' wird diese Herausforderung nicht erkannt. Eine von staatlichen Stellen oder der Investor-Mehrheit abweichende ärztliche Meinung zu vertreten, muss dennoch auch zukünftig möglich bleiben.

Im neuen Primärarztmodell der 'New Company-KBV-Rhön-AG' können sich Ärzte beim Aufbau der 'Franchise-MVZ' bewähren, so sie über die Qualifikation zum 'Case-Management' verfügen. Medizinische Versorgungszentren (MVZ) sollen nachgeschalteten Klinik-Discountern als Einweiserportal dienen. Hier werden neben der neuen Holzklasse auch attraktivere Dienstleistungen gegen Barzahlung angeboten. Die neue Formel 'Pay for Performance' (P4P) sollte ursprünglich motivieren. Sie erinnert bestenfalls an 'ThinkTank', frei übersetzt 'Denkschmiede' wackerer QM-Manager. Eine ebensolche Zumutung stellen die 'Diagnose Related Groups (DRG)' dar. Für hiesige Krankenhaus-Kollegen verursachen sie auf den Bettenstationen ca. 30% unbezahlte Mehrarbeit, denn: 'Codieren geht über Studieren'?!

Sinn und Zweck dieser Bemühungen ist die Bereitstellung verkäuflicher Einheiten, wie es ein 'Gesundheits-Markt verlangt. Das soll man sich gefallen lassen nach jahrzehntelanger Berufspraxis?!

Und wer soll davon profitieren? Die Geschäftemacher im Gesundheitswesen, als da sind: Case- und Care-Manager sogenannte 'Gesundheitskonzerne und IT-Multis' und deren Verwalter, Visatoren, Auditoren und Controller, die seit Jahren ihre Vertreter in entscheidenden Positionen in den Ministerien und den 'Körperschaften des Öffentlichen Rechts' (KdöR) plazieren.

'Sparen bei den Anderen', heißt Verantwortung auf die vermeintlich 'gemeinsame' Selbstverwaltung von Kassen und Ärzten abzuschieben und dabei bewusst zu ignorieren, dass heute ein Diktat der Kassen an deren Stelle getreten ist.

Kassen und Politik fürchten derzeit nichts mehr, als dass sich Patienten und Ärzte endlich einig zeigen für ihre berechtigten Forderungen nach:

Therapiefreiheit und ärztlicher Freiberuflichkeit!

Dann erst verfügten sie über ausreichende Macht und könnten sich gegen willkürliche gesundheitsökonomische Steuerungseingriffe durchsetzen.

Roland Baader, der 2012 verstorbene bekannte Volkswirt und Publizist schrieb, ich zitiere: 'Morituri te salutant Ulla, Schmidt, die Todgeweihten grüßen Dich. Die politische Klasse ist mit dem System der GKV groß geworden. Sie ist darin mit einer Unzahl von Posten verfilzt. Es ist ein Grundpfeiler ihrer Macht im Staat. Die damit einhergehende Milliardenverschwendung hat nicht nur die Verarmung der Bürger zur Folge, sondern auch verzögerte, suboptimale oder unterlassene Heilung und vorzeitigen Tod'. Zitatende.

Ruth Schimmelpfeng-Schütte, die Vorsitzende Richterin am Landes-Sozialgericht Niedersachsen sagte in 'Berliner Gesprächen', ich zitiere:

'Die Struktur der GKV ist es, die neu überdacht werden muss! Zunächst muss das Sachleistungsprinzip auf den Prüfstand. Denn es dient heute weniger dem Schutz der Versicherten als der Aufrechterhaltung althergebrachter Einrichtungen und Zustände. Das alles würde erreicht ohne die Chipkarte, die die Daten der Patienten offenbart und sie zu 'gläsernen Patienten' macht. Europa wird es mit sich bringen, dass Deutschland das Sachleistungsprinzip aufgeben muss. Statt der Solidargemeinschaft der GKV würde nun die Solidargemeinschaft aller Bürger für ihn eintreten. Zitatende.

An anderer Stelle sagt sie zur Rechtsaufsicht durch das Bundesministerium für Gesundheit, ich zitiere: 'Die Richtlinien des GBA sollen nach seinem Willen wie gesetzliche Vorschriften wirken. Sie sollen auch die Versicherten binden. Damit hat der Gesetzgeber seinen Gestaltungsspielraum überschritten. Die Normierung einer Verbindlichkeit der Richtlinienbeschlüsse des GBA gegenüber allen an der gesetzlichen Krankenversicherung Beteiligten ist mit der Verfassung nicht vereinbar.' Zitatende.

Informierte Patienten fordern Wahlfreiheit für 'ganz normale Direktabrechnung mit Kosten-erstattung' und Abschaffung der übersteuert intransparenten gesetzlichen Zwangsversicherung. Von den 185 Milliarden Euro GKV-Umsatz/ Jahr verbleiben lediglich 15% für ambulante Honorare gegenüber 22% vor den GKV-Reformen. Nach jahrzehntelanger Enteignung brauchen Praxen die Zuführung frei werdender Verwaltungsgelder. Das könnte zum Beispiel gelingen u.a. durch Freistellung von ca. 150.000 Sozialversicherungsfachangestellten allein in der GKV. Der Einsatz in 'praktisch-sozial-gerechter' Tätigkeit am Patienten, z.B. in einer Pflegeeinrichtung für Alte und Demente, entscheidet den indoktrinierten Machtkampf um echte Versorgungsqualität.

'Freiberuflichkeit der Ärztinnen und Ärzte' bezieht sich gleichermaßen auf ambulante wie stationäre medizinische Versorgung im Sinne von Hippokrates, dass der Arzt für seinen Patienten die bestmögliche Diagnostik und Therapie anbieten kann und muss. Und er nicht vor allem einem Diktat der Kassen folgen oder im Krankenhaus dem kaufmännischen Direktor unterstellt sein darf!

Wir wollen uns auch nicht nur gegen Missstände empören. Die entscheidenden, notwendigen Veränderungen in der derzeit desolaten Gesundheitspolitik erreichen Patienten- und Ärzteschaft nur gemeinsam. In einer Zeit der Entakademisierung und/oder Deprofessionalisierung bleiben wir dennoch optimistisch: Das Rückgrat der medizinischen Versorgung in unserer Republik war und ist die freie Praxis!

Wir fordern die Abschaffung des SGBV!

Wir fordern die Abschaffung von E-Card/Online-Zwang!

**Wir fordern eine gleich gute private Versicherung für alle,
statt einer für alle gleich schlechten Bürgerversicherung!**

Hambach 2013 bleibt aktuell wie 1832!

Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Es gilt das gesprochene Wort.